

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellzettel monatlich 5500 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 5000 000 M. Bei Postbezug
monatlich 5512 000 M. Unter Streifz. in Polen monatlich 9000 000 M. Danzig 2,5 Guld.
Den Schl. 2,5 M. Einzelnummer 300000 M. Sonntags u. Feiertags 350000 M.
Bei höherer Gewalt. Vertriebsstelle. Arbeitsniederlegung ob. Ausgabe von der
Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung, ob. Rückzahlung des Bezugspreises.
Kernaus Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialselle 150 000 Mark, die 90 mm
Deutschland 10 bzw. 50 Goldpf., übriges Ausland 100%. Aufschlag. — Bei Platz-
verzicht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erlaubt. — Offertengebühr 500 000 M. — Fixe das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Poststellenkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 31.

Bromberg, Donnerstag den 7. Februar 1924.

48. Jahrg.

Amnestie und Journalistenehre.

Interpellation
des Abg. Pankraz an den Herrn Justizminister betreffend
Nichtanwendung der politischen Amnestie auf politische
Redakteure.

Über die Nichtanwendung der politischen Amnestie auf politische Redakteure richtete Sejmabgeordneter Pankraz, selbst Journalist und Hauptgeschäftsführer der Bromberger sozialistischen "Volkszeitung", am 5. d. M. an den Justizminister folgende Interpellation:

"Vor der 2. Strafkammer des Bezirksgerichts in Bromberg wurden am 12. Januar d. J. der frühere Chefredakteur der in Bydgoszcz erscheinenden "Deutschen Rundschau in Polen", Richard Contag, und der für den politischen Teil derselben Zeitung verantwortlich zeichnende Redakteur Johannes Kruse, ferner am 25. Januar d. J. der Chefredakteur derselben politischen Tageszeitung Gotthold Starke wegen Beleidigung zu Gefängnisstrafen von 15, 9 und 6 Monaten verurteilt.

Die inkriminierten Artikel der drei verurteilten Redakteure sind sämtlich bereits in den Jahren 1921 bzw. 1922, d. h. vor dem 15. März 1923, dem Tage der Festsetzung der Ostgrenzen erschienen. Die angeblichen Delikte unterliegen daher zweifellos der politischen Generalamnestie des Amnestiegesetzes vom 24. Juni 1923, das in Art. 6 folgendes bestimmt:

"In den in diesem Gesetz festgesetzten Grenzen werden Strafen erlassen, die wegen Vergehen verhängt wurden, welche ausschließlich oder hauptsächlich aus völkischen, politischen, religiösen, sozialen oder wirtschaftlichen Motiven verübt wurden. Geschenkt werden die für diese Vergehen verhängten Strafen ohne Rücksicht auf ihre Art und die Strafemessung. Strafverfahren wegen dieser Vergehen werden nicht eingeleitet, und die eingeleiteten Verfahren werden eingestellt."

Den drei genannten Redakteuren der "Deutschen Rundschau in Polen" wurde die Anwendung des Art. 6 des Amnestiegesetzes trotz ausdrücklichen Antrags ihrer Verteidiger mit der Begründung verweigert, daß sie als Gehaltsempfänger bei der Veröffentlichung der Artikel nicht aus völkischen oder politischen Motiven, sondern lediglich aus Erwerbsgründen gehandelt hätten. Eine politische Bestechung im besonderen Falle wurde weder behauptet noch nachgewiesen; sie ist nach Lage der Verhältnisse auch völlig ausgeschlossen. Die angeklagten Journalisten sind auch keineswegs vorgehobene Schredalteure, sondern akademisch und beruflich vorgebildete Fachleute. Daß bei einer objektiven Beurteilung die Anwendung der politischen Amnestie auf diese typisch politisch-völkischen Prozesse außer Frage stand, wird schon dadurch bewiesen, daß die Revisionsinstanz bereits am 5. Oktober 1923 dem Redakteur Bendisch, einem Mitangeklagten des Chefredakteurs Starke, der wegen des selben Pressevergehens angeklagt und verurteilt worden war, die politische Amnestie in vollem Umfang zugestimmt hat.

Da der Vorsitzende der entscheidenden 2. Strafkammer des Bezirksgerichts in Bydgoszcz vor der zum Urteil führenden Hauptverhandlung im Falle Starke (gleichzeitig der Beurteilung über ein von der Verteidigung eingebrachtes Ablehnungsbeschluß wegen Gefangenheit) auf seinen Dienststuhl erklärt hat, daß er gegen die Redakteure der "Deutschen Rundschau in Polen" nicht voreingenommen sei, da ferner nach der Verfassung und den internationalen Verträgen hinsichtlich der Freiheit der Presse und der Behandlung vor den Gerichten zwischen den Staatsbürgern ohne Unterschied der Nationalität volle Gleichberechtigung gewahrt werden soll, trifft der Vorwurf, daß politische Redakteure, sofern sie Gehalt empfangen, nicht aus politischen Motiven, sondern um des Gewinnes willen ihre redaktionelle Tätigkeit ausüben, nicht nur die politischen Redakteure des angesprochenen Organs der deutschen Minderheit, sondern die in Polen erscheinende polnische Presse überhaupt.

Es besteht kein Zweifel, daß das Appellationsgericht in Posen als Revisionsinstanz, sofern die Revision nicht zu einer nochmaligen Befreiung der Sache führen sollte, die Anwendung der politischen Amnestie auf die genannten Redakteure beschließen wird. Diese noch offenstehende Möglichkeit darf aber nicht daran hindern, gegen die schwere Beleidigung des politischen Journalismus zu protestieren, die in der von der zweiten Strafkammer des Bezirksgerichts in Bydgoszcz angeführten Begründung enthalten ist. Ein Richter kann aus Gerechtigkeitsgefühl richten, auch wenn er festes Gehalt bezieht, der Sejmabgeordnete bleibt trotz der Auswandertschädigung — Diäten — politischer Vertreter seiner Wähler, einem Geistlichen darf man die Vertretung seiner politischen Ideen nicht absprechen, wenn er zur Erhaltung seiner materiellen Existenz Unterhaltsgelder empfängt. Und den Vertretern der Presse sollen dieselben idealen Motive abgesprochen werden?

Ein Urteil, das, wie erwähnt ist, einen derartigen Standpunkt einnimmt, fordert nicht nur den weitgehendsten Protest der Presse heraus, sondern muß auch den Eindruck

erwecken, als ob in Polen die Journalistik im Zeichen der Gesinnungslumperei und des Schmotzums steht. Ob hiermit dem Ansehen des Staates gedient wird, ist eine andere Frage.

Angesichts dessen wird der Herr Justizminister um Beantwortung folgender Frage gebeten:

Was gedenkt er zu tun, um die Nichtanwendung der politischen Amnestie auf politische Redakteure durch das Bezirksgericht in Bydgoszcz zu verhindern und damit einer Verleugnung der Journalistenehre und der Staatsinteressen vorzubeugen?"

Sejm-Gerichte. Der geschäftige Witos.

In den Sejmkreisen bilden gegenwärtig, wie der Warschauer "Przegląd Wieczorny" erfährt, die neuesten Versuche des ehemaligen Ministerpräsidenten Witos den Gegenstand einer lebhaften Diskussion, die darauf abzielen, von neuem einen großen Block aus den zentro-rechten Sejmparteien und einigen politischen Kreisen, die außerhalb des Sejm stehen, zu bilden. Abg. Witos wandte sich mit einem dahingehenden Angebot an die Krakauer Konservativen in der Gruppe des "Gasa". Er unternahm die Reise nach Krakau, um in dieser Angelegenheit mit den entsprechenden Stellen zu konferieren, vor den Beratungen des Hauptvorstandes der Piasten, d. h. vor dem 2. Februar. Die Krakauer Reise des Herrn Witos endete mit einem Mißerfolg, obgleich das Angebot, das er den Konservativen machte, nach seiner Ansicht sehr günstig gewesen ist. Er machte ihnen große Angeständnisse in der Frage der Agrarreform, sicherte ihnen die Bereitwilligkeit zu, sich in der Frage der Revision der Verfassung und der Änderung der Wahlreform besonders mit ihnen zu versöhnen, sprach von der Notwendigkeit des Zusammengehenges bei den Wahlen, die nach seiner Meinung im Herbst 1924, spätestens im Frühjahr 1925 stattfinden sollen. Endlich soll Witos derselben Quelle zufolge einen großen Triumph ausgespielt haben, indem er erklärte, er habe keine Hindernisse dafür, daß die Hauptstadt aus Warschau nach Krakau verlegt werde.

Trotz dieser glänzenden Erfolge, die noch andere Punkte aufzuweisen soll, erwies sich die Verständigung mit den Krakauer Konservativen ziemlich schwierig, da diese die Umrüste des Herrn Witos kritisch und skeptisch beurteilten. Aus weiteren Informationen derselben Quelle geht jedoch hervor, daß diese Niederlage den ehemaligen Ministerpräsidenten Witos nicht daran hinderte, seine auf die Bildung dieses großen Blocks gerichteten Versuche fortzusetzen.

Der Kampf um Piłsudski und die Aenderung der Wahlordnung.

Der Warschauer Korrespondent der Lodzer "Republika" meldet:

Die von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Witos eingeleitete Aktion zur Änderung der Wahlordnung hat die Sejmkreise aus dem bisherigen Schlummer geweckt. Besonders die Linke zeigt sich entschlossen, auf diese Aktion zu reagieren. Am 28. Januar sollte eine Tagung der Wyższej grupy stattfinden, die einen entsprechenden Standpunkt in der Frage der gegen den Sejmgerichteten Kampagne und zur Ablehnung ihrer Forderung auf Ernennung des Marschalls Piłsudski zum Chef des Generalstabes und zum Vorsitzenden des engeren Kriegsrats durch den Ministerpräsidenten Grabski einzunehmen wollte. Da die Ernennung des Marschalls Piłsudski die Hauptforderung der Wyższejgruppe ist, so hätten in der Tagung dieser Partei Beschlüsse gefasst werden können, die Herrn Grabski unangenehm gewesen wären. Außerdem ist es fast sicher, daß der Ministerpräsident infolge des starken Widerspruchs der Rechten die Forderung der Wyższejgruppe nicht erfüllen kann. Und so war Grabski, der in dieser Tagung für sich eine große Gefahr sah, gezwungen, eine energische Aktion einzuleiten, um die Tagung zu verhindern. Es ist verständlich, daß, wenn nach einer Konferenz des Ministerpräsidenten Grabski mit dem Abg. Thugutt, die einen sehr herzlichen Charakter trug, die Tagung verlegt wurde, beide sich augenscheinlich gegenseitige Zugeständnisse in den wichtigsten politischen Fragen machen. Welcher Art diese Zugeständnisse sind, wird wahrscheinlich die allernächste Zeit zeigen.

Wenn diese Gefahr, von der vorstehend die Rede war, vorläufig auch beseitigt ist, so bedroht die Frage der Änderung der Wahlordnung das Kabinett doch mit ernsten Komplikationen. Vorläufig prüft der Abg. Witos die Meinungen der eingeladenen Sejmklubs über die Durchführung seiner Pläne; den Kampf um die Änderung der Wahlordnung beabsichtigt er nach der Erledigung des Budgets und des Gesetzes über die Militärdienstpflicht zu beginnen.

Rücktritt des Wojewoden Biński?

Nach dem "Kurier Polski" soll der Posener Wojewode, Graf Biński, demnächst zurücktreten. Sein wahrscheinlicher Rücktritt steht im Zusammenhang mit einer Interpellation der Nationalen Arbeiterpartei, in der darauf hingewiesen wird, daß nach Artikel 80 des Gesetzes über den Staatsdienst ein Verwaltungsbeamter in höherer Rangstufe als der 8. nicht Besitzer eines Landwirtschafts- oder Industrieunternehmens sein darf, das in dem Gebiet liegt, das seiner Amtstätigkeit untersteht. Die Regierungskreise sollen zu der Überzeugung gekommen sein, daß diese Gesetzesvorschrift beim Wojewoden Biński volle Anwendung findet.

Mark und Dollar am 6. Februar

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

1 Dollar = 9 100 000 p. M.

1 Dollar = 4,2 Billionen d. M.

1 Million p. M. = 0,63—0,64 Gulden

Warschauer Börse

1 Dollar = 9 050 000—9 150 000 p. M.

1 Danz. Gulden = 1 580 000 p. M.

Am. Vorabend der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Aus Warschau, vom 5. Februar, wird dem "Kurier Poznański" gemeldet:

Im Außenministerium werden für die deutsch-polnischen Verhandlungen, die bekanntlich auf Empfehlung des Bölkerverbandes stattfinden sollen, jetzt die Vorbereitungen getroffen. Die Kandidatur unseres Berliner Gesandten Kazimierz Olszowski für den Vorsitz bei den Verhandlungen auf polnischer Seite ist endgültig fallen gelassen worden. Unter den Verhältnissen, die für die fragliche Stellung genannt werden, hat die meiste Aussicht Dr. Witold Grabski, Präsident der Generalprokuratur in Posen.

Der "Kurier Poznański" ist über diese Wendung sehr erfreut und erwartet davon eine Änderung des bisherigen politischen Kurses. Gleichzeitig hofft das Blatt diesen Anlauf zu einem neuen großen Aufstand gegen Olszowski, indem es schreibt:

"Was unseren Berliner Gesandten, Herrn Olszowski, anbelangt, so muß unserer Ansicht nach die von der öffentlichen Meinung in unserem Gebiet geteilte wird, dieser unschöne Politiker, der jetzt endgültig kompromittiert ist, so bald als möglich von dieser Stellung entfernt werden."

Wie selbstbewußt doch manche Leute sind! Der "Kurier Poznański" ist — wie wir aus den verschiedensten Anzeichen sicher schließen können — mit der öffentlichen Meinung in unserem Teilstück identisch. Und wäre es wirklich so, was hat das mit einer verständlichen Politik zu tun? Die öffentliche Meinung schreit in der Regel "Kreuzig!", wenn blinde Fanatiker einen Heiland kreuzigen wollen. Die Tränen und Schmerzen, die nachkommen, nimmt ihr kein Hartfaser ab.

Ein politischer Prozeß in Warschau.

Sensationelle Enthüllungen.

Warschau, 5. Februar. Mit grossem Interesse verfolgt die gesamte Presse der Landeshauptstadt einen am 29. Januar d. J. vor dem heutigen Bezirksgericht begonnenen politischen Prozeß, der auch in der Presse des Auslands berechtigtes Aufsehen erregt. Dem Prozeß liegt folgender Tatbestand zugrunde:

In Nr. 20 der nationaldemokratischen "Gazeta Warszawska" vom 20. Januar 1920 erschien unter der Überschrift "An die Adresse des Justizministers" ein Artikel, in welchem der Autor dem bekannten polnischen Politiker Alexander Bednicki den Vorwurf machte, sich gegenüber dem polnischen Staat des Hochverrats schuldig gemacht und versucht zu haben, sich durch die Flucht ins Ausland der Strafverfolgung zu entziehen. Aufsatz dieses Artikels stellte Bednicki Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur des "Gazeta Warszawska" Bygimunt Wasilewski wegen Bekleidung durch die Presse. Zu der Sache wurden mehr als 100 Zeugen geladen. Vertreter der diplomatischen Welt, Generale, Juristen und die polnische Aristokratie, u. a. die Generale Haller, Dombrowski, Belgaowski, Bischof Kopf, Roman Ekmunt, Adolf Nowaczynski und Baron Kronenberg. Das Gericht schlug den Parteien einen Vergleich vor, der jedoch nicht anstande kam, nachdem sich der Angeklagte geweigert hatte, dem Kläger Entschädigung zu geben.

Nach Bekanntgabe der Zeugen wurde dem Angeklagten Wasilewski das Wort erteilt, welcher erklärt, daß er den Artikel auf Grund der Konze einer Briefes des ehemaligen Außenministers in der Kerenski-Regierung, Tereschkowsko an Szebko, als lehrer in Stockholm weilte, geschrieben habe. In diesem Brief hieß es, daß der damalige Vorsitzende des polnischen Nationalkomitees in Russland, Bednicki, der Kerenski-Regierung vorgeschlagen habe,

einen Sonderfrieden mit Deutschland

ohne Einvernehmen mit der Koalition abzuschließen, wobei die Grenzen Russlands aus dem Jahre 1914 nicht angetastet werden sollten. Der Kläger habe als Aktivist und Germanophile auch dadurch zum Schaden Polens gewirkt, daß er die Formierung einer polnischen Nationalarmee aus Polen, die in der russischen Armee gedient haben, und in Russland nach Ausbruch der russischen Revolution und Auflösung der russischen Armee eine polnische Nationalarmee bilden wollten, verhinderte. Der erste Zeuge, der in dieser Angelegenheit vernommen wurde, bestätigte die Tatsache, daß der erwähnte Brief Tereschkowsko an Szebko durch Vermittlung des gegenwärtigen polnischen Gesandten in Rumänien, Bielawiejski, zugesandt wurde. Unter allgemeiner Spannung folgte die Vernehmung des Abgeordneten zum Sejm und früheren Dumabürgern Szebko, der Entnahmen machte, die in politischen Kreisen große Aufsehen erregten. Er sagte nämlich aus, daß er während seines Aufenthaltes in Schweden nach dem Volksaufstand umsturz in Russland vom ehemaligen Außenminister der Kerenski-Regierung Tereschkowsko erfuhr, daß Bednicki, der damals Vorsitzender der polnischen Liquidierungskommission in Russland war, Kerenski im Einvernehmen mit der deutschen Regierung einen russisch-deutschen Separatfrieden

vorgeschlagen habe, dessen Bedingungen für Russland günstig waren. Szebelko bestätigte diese Angabe durch ein Schreiben, welches er dem Sekretariate des polnischen Nationalkomitees in London einlieferte. Der Zeuge legte eine Kopie dieses Schreibens dem Warschauer Gerichte vor.

Im Gegentheil zu den ungünstigen Aussagen des Szebelko lauteten die Aussagen des als Zeuge vernommenen Ministers Darowski und des Fürsten Radziwill sehr günstig. Beide wiesen auf die großen Verdienste hin, die sich Lednicki in Moskau erworben hat, indem er nach dem kommunistischen Umsturz das Land bewahrte und vor Verfolgungen schützte. Arbeitsminister Darowski wies u. a. noch auf die Bestrebungen Lednickis hin, der Regierungserkennt die Notwendigkeit der Schaffung eines polnischen Staates klarzulegen.

Bei dem großen Zeugenapparat nimmt der Prozeß nur einen langamen Fortgang, und es wird damit gerechnet, daß das Urteil erst Ende dieser Woche gefällt werden wird.

Die allgemeine Militärdienstpflicht.

Interpellation
des Abg. Bronislaw und Gen. an den Herrn Kriegsminister
in Sachen der Nichtbeachtung des Art. 61 des zeitweiligen
Gesetzes über die allgemeine Militärdienstpflicht.

Pauline Liebich, wohnhaft in Pleschen, Kreis Pleschen, richtete an die Militärbehörden ein Gesuch um Zurückstellung ihres Sohnes Gustav Liebich, dem Jahrgang 1902 angehörig, vom Militärdienst; das Gesuch wurde damit begründet, daß Gustav Liebich der einzige Ernährer der zur Arbeit untauglichen Mutter ist. Das Gesuch wurde in allen Instanzen abgeschlägig beschieden. Aus dem der Interpellation beigefügten Schreiben des Kreisoberkommandos in Jarocin ist ersichtlich, daß die abschlägige Entscheidung der Berufungskommission beim Kriegsministerium mit dem Umstand begründet wurde, daß Gustav Liebich nicht der einzige Ernährer sei.

Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen, denn das Kommando der Staatspolizei in Pleschen hat auf Grund einer Anfrage des Interpellanten ausdrücklich festgestellt, daß Gustav Liebich der einzige Ernährer der Pauline Liebich ist, sowie daß dieselbe keinerlei Vermögen besitzt und zur Arbeit untauglich ist. (Anlage Nr. 2.) Die Arbeitsuntauglichkeit der Pauline Liebich wird auch durch das beigelegte ärztlichezeugnis bestätigt. Es besteht daher kein Zweifel, daß Gustav Liebich unter Ab. 1 des Art. 61 des angeführten Gesetzes fällt. Trotzdem ist der Genannte zum Heeresdienst einzogen worden. Es ist somit klar, daß die Militärbehörden einen Fehler begangen haben, indem sie obige Angelegenheit nicht genauer geprüft und das Gesuch der Frau Liebich abgelehnt haben, was im Widerspruch zu Art. 61 steht.

Angesichts dessen richten die Unterzeichneten an den Herrn Kriegsminister die Anfrage:

1. Ob er bereit ist, unverzüglich eine Revision der Entscheidung der Berufungskommission anzurufen und den Gustav Liebich von dem Militärdienst zu befreien?
2. Was gedenk er zu tun, damit der Art. 61 des zeitweiligen Gesetzes über die allgemeine Militärdienstpflicht von den Militärbehörden genau beachtet wird.

Warschau, den 5. Februar 1924.
Die Interpellanten.

Das Militärdienstpflichtgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Warschau, 6. Februar. (PAT.) In der gestrigen Sitzung des Sejm wurde u. a. in 2. Lesung das Gesetz über die allgemeine Militärdienstpflicht angenommen. Bei der Abstimmung wurden die Abänderungsanträge der Abgeordneten Krolowski (Kommunist), Lieberman (P. P. S.) und Kosciakowski (Wyzwolente) auf Verkürzung des Dienstpflicht auf 6, 12 und 18 Monate abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Abänderungsantrag des Abg. Kosciakowski, nach welchem Ausländer, die die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben, sich im aller nächsten Termin zur Musterung zu stellen haben. Zur Annahme gelangte ferner ein Antrag des Abg. Gajuski (Nat. Volksverband), der eine 1½-jährige Dienstzeit für diejenigen vorsieht, die einen gewissen Bildungsgrad erreicht haben.

Wilson-Ehrung im Völkerbund.

Aus Genf wird der "Voss. Zeitg." am 4. d. M. berichtet: Die erste Sitzung der gemischten Abrüstungskommission des Völkerbundes, die heute nachmittag ihre Tagung im Völkerbundsekretariat begann, gestaltete sich zu einer kurzen Trauerfeier für den Begründer des Völkerbundes, den Präsidenten Wilson.

Ein merkwürdiger Zufall hat es gefügt, daß gerade auf dieser Tagung die Vereinigten Staaten sich zu einem Male bei einer politischen Arbeit des Völkerbundes offiziell vertreten lassen, nachdem sie bisher ausschließlich an einzelnen humanitären Aufgaben des Völkerbundes mitgearbeitet haben, und zwar diesmal an einer Arbeit, die als eine unumgängliche Vorarbeit für eine allgemeine Abrüstung angesehen wird.

In Vertretung des französischen Präsidenten der Kommission Vivian, eröffnete Schanzer (Italien) die Sitzung mit einem Nachruf auf Wilson, dessen Name der Geschichte angehört und dessen politisches Werk von der Nachwelt beurteilt werden würde. "Wie aber auch unser Urteil darüber lauten mag," fuhr Schanzer fort, "wir haben die Pflicht, heute dem Werk des Friedensapostels, des Begründers des Völkerbundes zu huldigen."

"Der Gedanke des Völkerbundes war alt, aber er blieb im Bereich der Theorie und der idealistischen Bestrebungen. Das große Verdienst Wilsons ist es, daß er diesen Gedanken in die Welt der Tatsachen und der Praxis hat umsetzen wollen. Das ist ein Verdienst, das nicht vergessen werden wird. Sicherlich bleibt noch ein langer Weg zu gehen, bis der Völkerbund allen Anforderungen an ein Organ zur friedlichen Beilegung der Konflikte unter den Völkern wird genügen können; aber das Samenkorn ist gelegt, und diese Tat Wilsons wird in der Geschichte bleiben."

Darauf sprach Lord Robert Cecil als persönlicher Freund des verstorbenen Präsidenten. Er erwähnte, daß Wilson, als er ihn zum letzten Male in Washington sah, ein gebrochener Mann war. Aber er habe der unschütterlichen Hoffnung noch immer Ausdruck gegeben, daß sein Werk eines Tages die Wahrheit erkennen werde, die er ihm gepredigt hat. "Ich für meinen Teil," erklärte Lord Robert Cecil, "kann nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß das Werk nicht untergehen wird. Im Gegenteil, ich bin fest davon überzeugt, daß es sich mehr und mehr durchsetzen wird, und daß man von ihm einst sagen wird, nun, da er tot ist, lebt er erst recht."

Die Engländer bombardieren Bagdad.

Universal Telegraph Agencia meldet aus Bagdad: Zur Bestrafung einer Rebellion gegen die Oberhoheit Englands hat der Oberkommissar den britischen Streitkräften den Befehl erteilt, die Stadt Bagdad zu bombardieren. Eine Anzahl von Flugzeugen stieg auf und

bewarf Bagdad durch 24 Stunden ununterbrochen mit Bomben. In der Stadt entstand eine Panik. Die Flugzeuge konstatierten zahlreiche Brände. Eine Abordnung des Scheids erschien beim Oberkommissar und erklärte die Bereitschaft, sich der Oberhoheit und dem Befehle der Engländer zu unterwerfen.

Die Regierung des Herrn Ramsay MacDonald fühlt sich berufen, die Traditionen ihrer Vorgängerinnen am Grabe des Kalifen aufzunehmen. Wenn die bösen Deutschen im Kriege mit ihren Republiken über London erschienen, wenn sie unter dem Angebot vollen Schadensersatzes bei Kriegsbeginn den Durchmarsch durch das alles andere nur nicht "neutrale" Belgien forderten, dann waren sie selbstverständlich "Hunnen", gegen die man zum Kreuzkriege predigen durfte. Über die Hungerblockade, die südafrikanischen Konzentrationslager, die Greuel in Indien und Irland, jetzt endlich mitten im Frieden das Bombardement einer arabischen Stadt, in der vermutlich mehr Frauen und Kinder als Rebellen leben, — das alles ist erlaubt und wird einer christlichen und vom Militarismus der "Hunnen" befreiten Welt durch englische Telegraphenbüros als höchste politische Weisheit verkündet.

Wir leben — trotz Wilsons Tod — noch immer im Zeitalter des Wilsonismus!

Die Aussichten des Mieterschuhgesetzes.

Die Aussichten des Mieterschuhgesetzes sind sehr unsicher, und es ist heute noch ganz ungewiß, ob der Entwurf sich zum Gesetz aufreisen oder das Schicksal seiner Vorgänger teilen, d. h. der Vertragung anheimfallen wird. Dafür, daß die Verabschiedung diesmal gelingt, spricht der Umstand, daß die Regierung aus der Regelung der Angelegenheit steuerlichen Nutzen ziehen will. Gegen das Gelingen spricht andererseits die schroffe Gegensätzlichkeit der dabei in Frage kommenden Interessen weiter Volkskreise, die dem Sejm die Entschlüsse erschweren. Wie sehr man im Sejm die enttägliche Entscheidung resp. die Verantwortung dafür scheut, geht aus der Tatsache hervor, daß die Rechtskommission die Entscheidung über den wichtigsten Teil des Gesetzentwurfs, nämlich über die neuen Mietfälle, der Regierung überlassen wollte. Aber auch die Regierung will sich die Verantwortung dafür nicht aufbürden lassen; sie hat dankend abgelehnt, so daß die genannte Kommission nun doch die Mietfälle festlegen mußte. Diese sollen, wie schon mitgeteilt, nach dem Kommissionsbeschuß betragen in Prozenten der Vorkriegsmiete ausgedrückt — wobei 100 Mark = 123 Goldfranken sind: 5 Prozent von einer Einzimmerwohnung (mit Küche), 10 Prozent von einer Zweibis Dreizimmerwohnung und 15 Prozent von 4-Gäzimmers Wohnungen, von Läden und anderen Räumen für Handel und Gewerbe, für die die Vorkriegsmiete 1200 M. nicht überstieg, 20 Prozent von 7zimmerigen Wohnungen, 25 Prozent von Läden usw., für die die Vorkriegsmiete 1200 M. überstieg und endlich 50 Prozent für Fabrikgebäude und andere ähnliche Räume. Diese Sätze sollen sich vom 1. 7. 24 ab vierfachjährlich um 4 Prozent und vom 1. 1. 25 um 6 Prozent erhöhen. Außerdem bleibt die Bestimmung bestehen, daß die bisherigen Nebengebühren (Wasers- und Kanalgebühr, Müllabfuhr, Treppenbelichtung und Reinigung, Schornsteinfegergeld und die halbe Entlohnung des Hauswartes) weiter von den Mietern zu tragen sind.

Die praktischen Wirkungen dieser Beschlüsse wollen wir uns einmal an einem Beispiel klar machen. Nehmen wir an, eine Wohnung von 4 Ziimmern hat vor dem Krieg 900 Mark = 984 Goldfranken gekostet. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen davon, d. h. von dem Quartalsbetrag = 246 Goldfranken für das 2. Vierteljahr d. J. 15 Prozent gezahlt werden, nämlich 36,9 Goldfranken. Zu dem heutigen Valorisationskurs des Goldfrankens von 1810 000 M. in polnischer Mark umgerechnet macht das 66 789 000 M. für ein Vierteljahr! Schon diese Ziffer allein zeigt zur Eriden die Unhaltbarkeit einer solchen Bestimmung, denn sie ist schlechterdings für niemanden erschwinglich. Im nächsten Vierteljahr würde sich die Summe um weitere 4 Prozent, d. h. um rund 18 Millionen und im übernächsten Quartal um 36 Millionen erhöhen, so daß im letzten Vierteljahr 1924 rund 108 Millionen zu zahlen wären.

Damit ist es aber noch nicht getan. Denn außer dem Hauswirt wollen auch der Staat und die Städte an der Leistung des Mieters noch ihren Anteil haben. Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten und Finanzministers Grabki beansprucht der Staat eine reine Wohnungsteuer von 3 Prozent der Vorkriegsmiete, sodann 2 Prozent für den Wiederaufbau der Städte und 3 Prozent zur Deckung der Zulagen, die der Staat den Beamten gewähren will, damit sie durch das Gesetz erhöhte Mieten zu zahlen in der Lage sind. Den Städten ist endlich nach der Erklärung eines Rentierungsvorstandes für ihre Zwecke 1 Prozent der Vorkriegsmiete zugedacht. Es wären also zu den obigen Vierteljahrssätzen noch jedesmal rund 40 Millionen zuzuschlagen, so daß sich schon die erste Vierteljahrssatz auf über 100 Millionen erhöhen würde. Die Stadt Bromberg hat durch Beschuß der letzten Stadtverordnetenversammlung diese Steuer bereits einkommt, wobei allerdings der für die Städte in Aussicht genommene Satz erheblich überschritten worden ist. Sollte das bezügliche Bromberger Statut bestätigt werden, so würde für unser Beispiel noch ½ Prozent hinzukommen, so daß sich die Vierteljahrssatzen, d. h. Miete und Steuer zusammengezogen, noch um rund 1 Million erhöhen würden.

Dass diese Summen nur von einem Bruchteil der Bevölkerung aufzubringen wären, liegt auf der Hand. Und es hat denn auch kein Geringerer als der Ministerpräsident Grabki selbst die Höhe der Mietfälle beanstanden. Würden die Sätze durchgehend, so wäre eine neue Inflation unausbleiblich, denn die umlaufenden Zahlungsmittel würden zur Deckung des dann eintretenden Bedarfs nicht annähernd ausreichen. Die Inkraftsetzung eines solchen Gesetzes würde also der seit längster Zeit ausgeübte der Regierung, nämlich der Sanierung der Staatsfinanzen, direkt entgegenstehen.

Wie schon oben erwähnt, steht es in der Macht der Regierung, 3 Prozent der Vorkriegsmiete zur Erhöhung der Bezüge der Staatsbeamten zu verwenden, um ihnen die Zulage der erhöhten Mieten zu ermäßigen. Gegen diesen Plan muß Einspruch erhoben werden, da die Beamtengehälter nicht von einer bestimmten Bevölkerungsschicht, wie es die städtischen Mietfälle sind, die überwiegend in Polen mit einem kleinen Bruchteil der Gesamthevölkerung bilden, sondern von der ganzen Volksgemeinschaft aufzubringen sind. Das ist in der ganzen Welt nicht anders. Das Gleiche gilt auch von der Forderung nach für den Wiederaufbau der Städte, denn hier handelt es sich um Staatsinteressen ersten Ranges.

Der Gesetzentwurf in seiner gegenwärtigen Fassung läßt auch freie Verträge zwischen Mietern und Vermietern zu, aber nur bei Wohnungen von mehr als vier Ziimmern.

Nach Lage der Sache kann über das weitere Schicksal des Gesetzentwurfs noch nichts Bestimmtes gesagt werden. Daß die von der Kommission angenommenen Mietfälle aufrecht erhalten werden, ist angesichts des Einspruchs des Ministerpräsidenten wenig wahrscheinlich. Daß eine Erhöhung der Sätze des jetzt gestellten Gesetzes erwünscht ist, muß ohne weiteres ausgegeben werden; einen gangbaren Weg dazu wies in der letzten Kommissionssitzung der thüringische Redner Sommerstein, der die Mietfälle auf 2–20 Prozent festgesetzt wissen wollte, ein Vorschlag, der sich im großen ganzen mit den Wünschen der Minderheit deckt. Daß diese Minderheit sehr beträchtlich ist, zeigte das Abstimmungsverhältnis in der letzten Sitzung der Kommission, worauf hier bereits hingewiesen wurde.

Republik Polen.

Rücktritt des Rentierungskommissars Bajda.

Der bisherige Rentierungskommissar Bajda ist zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger ist vorläufig Herr Strzelecki ernannt worden. Der ursprünglich zum Nachfolger auserwählte Herr Kmita hat die ihm angebotene Stellung nicht angenommen. Herr Bajda ist zum Leiter der Hauptkontrollkammer in Katowice ernannt worden.

Nener Kandidat für den Posten des Arbeitsministers.

Als jetzt ist die Besetzung des Arbeitsministerpostes noch nicht definitiv entschieden. Als der ehemalige Kandidat gilt Herr Tokłoczko.

Polnisch-Danziger Handelsberatungen.

Wie wir erfahren, weilen derzeit in Warschau Vertreter des Danziger Großhandels. Es sind dies u. a. der ehemalige Danziger Senator Jevelowski und Prof. Noe, die besonders um Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit den polnischen Kaufleuten bemüht sind. Es wurde bereits eine Reihe von Konferenzen mit den polnischen Wirtschaftskreisen, besonders mit dem Centralverband der Industrie, Berg- und Hüttenwerken, Finanzen, Petroleumindustrie, Zuckerindustrie und dem Verband polnischer Kaufleute, abgehalten. Diese Verhandlungen haben unter anderem auch den Zweck, eine polnisch-Danziger Handelskammer zu errichten. Dieses würde zur Regelung der erwähnten Handelsbeziehungen besonders günstig beitragen.

Die baltische Konferenz,

die bekanntlich in Warschau stattfinden soll und die zuletzt auf den 12. d. M. angesetzt war, wird sich, Blättermeldungen auf, möglicherweise noch um einen oder zwei Tage verzögern. Es hängt dies von der Funktionierung der See-verbündung zwischen Reval und Helsingfors ab.

Minister Samowski wird an der Konferenz teilnehmen, denn er soll noch im Laufe dieser Woche in Warschau eintreffen.

Staatsentlaste im Dezember 1923.

Die Staatsentlaste betrugen im Dezember vorigen Jahres in polnischen Gulden: 35 629 157,05, die Ausgaben 60 467 033,05. Die Einnahmen aus den direkten Steuern betrugen 11 656 845,48 poln. Gulden; die indirekten Steuern brachten ein 8 361 805,20, die Zölle 4 784 282,11, Umsatzsteuer, Stempelsteuer und andere 2 892 071,71 poln. Gulden, die Ausfuhrgebühren 738 232 poln. Gulden, Salomonopol 136 217,10 poln. Gulden, Tabakmonopol 1 744 955,01 poln. Gulden, Staatslotterien 6744,94 poln. Gulden. Der Gesamtentlast der Steuern machte 29 842 604,41 poln. Gulden aus.

Niederreibung der ehemaligen russischen Kathedrale in Warschau auf dem Sachsenplatz.

Die ehemalige russische Kathedrale (Sobor) auf dem Sachsenplatz in Warschau, die von der Russischen Regierung als dauerndes Mal der Zwingerherrschaft und Russifizierungsbestrebungen auf dem größten Platz in Warschau errichtet worden war, soll in der nächsten Zeit niedergeissen werden. Der neben ihr ehemals stehende Glockenturm ist bereits verschwunden. Die Kathedrale als Andenken an die harte Russenzeit und als ein das Stadtbild mit den orientalischen Kugelfüppeln störendes Bauwerk durfte nach allgemeinem Wunsche der Warschauer Bevölkerung nicht bestehen bleiben. Am 6. d. M. findet bereits auf dem Sachsenplatz eine feierliche Übergabe der Schlüssel zur Kathedrale seitens des Direktors der Bezirksbaudirektion, Herrn Sanior, an den Präsidenten des Verbandes der Baukooperativen Dorman statt. Die Materialien, die aus der niedergeissen Kathedrale erlangt werden, sollen zum Bau von Kooperativwohnhäusern verwendet werden.

Numänisches Vieh für Warschau.

Da die bisherigen Verhandlungen zwischen den Viehproduzenten und den Viehhändlern zu keinem befriedigenden Erfolg geführt haben, haben die Viehhändler beschlossen, Vieh, besonders Minder, für den Warschauer Markt in Numänen einzulaufen. Der erste Transport dieser rumänischen Minder gelang bereits am 6. d. M. in einer Menge von 6 Waggons nach Warschau, und dürfte dieses auf die Mündsleispreise ermäßigen wirken. Wöchentlich sollen ca. 15 Waggons Minder nach Warschau kommen.

Der Staatsanwalt des Obersten Gerichtshofes und frühere Justizminister Bronislaw Sobolewski ist am Montag im Obersten Gericht während einer Verhandlung an Herzklämmer gestorben.

Das Pressegesetz ist wieder in sein ursprüngliches Stadium versetzt worden.

Deutsches Reich.

Eine Protestnote der deutschen Regierung an Frankreich.

Berlin, 5. Februar. (PAT.) Der neuernannte deutsche Gesandte in Paris, Dr. von Hoess, überreichte der französischen Regierung eine Protestnote, die sich gegen die Unterstützung der Separatisten in der Pfalz durch die Okkupationsbehörden richtet. In der Note wird gefordert:

1. die Entwaffnung der Separatisten,
2. ihre Entfernung aus den amtlichen Gebäuden,
3. Gestattung der Rückkehr der durch die Separatisten ausgewiesenen Personen und endlich
4. die Nichteinmischung der Okkupationsbehörden in die inneren politischen Zwiste der deutschen Bevölkerung im besetzten Gebiet.

Auf der Spur der Erzberger-Mörder?

Der "Montag-Morgen" meldet, der deutsche Gesandte in Budapest sei von dem Aufenthaltsort der beiden Erzbergermörder Schulz und Tilleßen, die sich seit Jahr und Tag auf einem Gut in Ungarn verborgen halten, verständigt worden. Der deutsche Gesandte habe die ihm gemachten Mitteilungen nach Berlin berichtet und im Auftrage der deutschen Regierung an das ungarische Ministerium des Innern das Ersticken gerichtet, die beiden Erzbergermörder zu verhaften.

Eine Volksabstimmung in Hannover.

Das Reichskabinett beriet am Dienstag, 5. d. M., über die Frage der in Hannover unternommenen Initiative zur Volksabstimmung Hannovers von Preußen. Das Reichskabinett beschloß, sich der von den Welsen beantragten Volksabstimmung in Hannover nicht zu widersetzen. Die Volksabstimmung soll 14 Tage nach den Wahlen zum Reichstag stattfinden.

Wie aus Königsberg gemeldet wird, ist der Eisenbahnverkehr zwischen Königs

Bromberg, Donnerstag den 7. Februar 1924.

Pommerellen.

6. Februar.

Graudenz (Grudziadz).

eigenartige Mietforderungen und Zahlungen sind seit dem Monatswechsel wieder bekannt geworden. Ein Teil der Hausbesitzer berechnet die Miete nach Franken und viele Mieter zahlen auch das, was gefordert wurde, während andere denken, daß sie den Hauswirt "müssen", wenn sie pro Zimmer 100 000 M. oder noch weniger zahlen. Eine alte Dame erhält in einer Hauptstraße für einen kleineren Laden auf den ganzen Monat eine Million Mark. Es ist ihre einzige Einnahme. Viele Hausbesitzer nehmen daher überhaupt keine Miete an, sondern warten auf die allgemeine Regelung. Natürlich können an den Gebäuden Reparaturen nicht ausgeführt werden, und besonders die Instandsetzung der Papptächer ist überhaupt kaum mehr möglich; es werden daher immer mehr Häuser unbewohnbar. In der Mühlstraße steht ein altes bauliches Gebäude, von dem bereits ein Teil des Daches entfernt ist, das aber noch bewohnt wird. Wo die Abflusströme für das Dachwasser nicht außerordentlich fest waren, wurden sie ertwendet, und das Wasser bringt in die Wände und zerstört sie. Raum möglich ist es, die Ofen in Ordnung zu halten. Vieles haben die neuen Mieter keine Kenntnis von der Bedienung eines modernen Ofens, und so haben auch die befeuerten Ofen keine lange Lebensdauer. Es ist aber nicht möglich, denn allein das Umsehen eines Ofens kostet das Vielfache der Jahresmiete einer Wohnung. Es sind daher immer mehr Hauswirte gezwungen, wegen Unrentabilität ihre Hausrückstände zu verkaufen. Ein großer Teil der Häuser hat in wenigen Jahren bereits mehrere Male den Besitzer gemehlt, und immer sind ungeheure Summen daran verdient worden.

A Strafmandate. Wegen Unterlassung der Preisauszeichnung der in dem Schaukasten ausgestellten Waren erhielten Ladeninhaber Strafmandate in Höhe von 5 Millionen Mark. Gegen diese von der Polizeiverwaltung festgesetzte Strafe ist gerichtliche Entscheidung möglich.

Thorn (Toruń).

* Fundachen. Vom Polizeibureau, Rathaus Zimmer 20, können folgende Fundgegenstände abgeholt werden: 1 Damengürtel, 1 Schal, Stickerevorlagen, Damenhandschuhe sowie eine Damenühr.

Thorner Marktbericht. Bei wenig angenehmem Wetter war der Dienstag-Wochenmarkt dennoch sehr gut besucht. Allerdings setzte der richtige Marktbetrieb erst ziemlich spät, gegen 1/210 Uhr, ein. Während der Butterpreis trotz des günstigeren Standes der polnischen Mark etwas angezogen hatte und zwischen 2,8 und 2,8 Millionen Mark schwankte, konnte sich der Eierpreis heute nicht auf seiner früher erreichten Höhe halten. Die Mandel wurde mit 8 bis 4,2 Millionen abgegeben (am vergangenen Markttag mit 4,5 Millionen). Sahne wurde mit 2 Millionen Mark pro Liter verkauft. Der Gemüsemarkt wies reichliche Bestände bei unveränderten Preisen auf. Zwiebeln auf 500 000 bis 800 000 M., Backobst kostete 500 000 M., Syrup 600 000, Pfauenmus 1,2 Millionen, Kunsthonig 1 Million. Vielematerial war auf dem Fleischmarkt zu haben. Man zahlte für Ruten etwa 18 Millionen, für Gänse 15 bis 20 Millionen, Enten 8–15 Millionen. Hühner gab es von 2 Millionen an bis zu etwa 10 Millionen. Tauben wurden paarweise mit 8 Millionen angeboten. Es gab ferner viel Fische aller Sorten, die zu unveränderten Preisen guten Absatz fanden.

Von einem Auto überfahren wurde am Donnerstag vergangener Woche gegen 6 Uhr abends ein etwa 18jähriges Mädchen in der ul. Szeroka (Breitestrasse). Es hat sich nur leichtere Verletzungen zugezogen, obwohl es geradezu in das Auto hineingelaufen sein soll.

* Keine Aushebung der Hundesperre. Der Starost macht bekannt, gerüchteweise verlaute, die Hundesperre sei im Landkreise schon aufgehoben. Das ist jedoch nicht der Fall, und die Polizeiorgane haben den Auftrag, darauf zu achten, daß die Vorschriften der Hundesperre beachtet werden.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Das "Sommernachtsfest", das die Deutsche Bühne Thorn an diesem Freitagabend im Deutschen Heim veranstaltet, ist das erste große Bühnenfest und verspricht nach den sorgfältigen Vorbereitungen äußerst abwechslungs- und genussreich zu werden. Die Teilnehmer werden gebeten, möglichst in heller (Sommer-)

Kleidung zu erscheinen, auch sind passende Kostümierungen als Bäuerinnen, Studenten usw. sehr erwünscht, um ein möglichst farbenprächtiges Gesamtbild zu erzielen. (1446 **)

Ein "Schubert-Abend" veranstaltet der Männer-Gesangverein "Liederfreunde" unter Mitwirkung der Orchester-Abteilung der Deutschen Bühne am Sonntag, den 17. Februar, im "Deutschen Heim". Während im ersten Teil des Programms nur Schubert in einigen seiner Orchestermärkte (Ouvertüre "Rosamunde", 1. Satz aus der unvollendeten F-moll-Symphonie u. a.) und in seinen "Deutschen Tänzen" (für Männerchor mit Orchesterbegleitung) zu hören kommt, bringt der zweite Teil Volkslieder, und zwar unter Stellung lebender Bilder. Bei dem empfindlichen Manet an guter musikalischer Unterhaltung findet der "Schubert-Abend" nicht nur bei den Freunden und Gönnern des ausübenden Vereins reines Interesse, sondern auch in allen Kreisen der Bevölkerung aus Stadt und Land. Mit besonderer Freude wird auch das erstmalige Wiederaufreten des Bühnenorchesters begrüßt, das von nun ab hoffentlich auch wieder an den Theaterabenden regen Anteil haben wird. (1404 **)

er. Culm (Chelmno), 4. Februar. Die Zufuhren zum letzten Wochenmarkt waren reichlich, namentlich bei Butter und Eiern. Man verlangte für Butter früh 2,5 Millionen, was sie aber etwas später gern mit 2 Millionen M. ab. Mit den Eiern war es ebenso: zunächst wurden 4,5 Millionen M. verlangt, doch blieb die Kauflust gering, so daß die Verkäufer froh waren, als sie noch 3,8 bis 4 Millionen M. erhielten. Die Gemüsepreise haben sich nicht verändert. Diese sind seit längerer Zeit nicht angeboten worden. Für Hühner zahlte man pro Stück 4 bis 6 Millionen M. Gänse waren auch noch recht reichlich mit 1,7 bis 1,8 Millionen M. angeboten und es wurde damit geräumt. In den Fleischabständen konnte man auch hier ein Sinken der Preise feststellen. Es kostete das Pfund Schweinefleisch 1,5–1,6 Millionen M., Rindfleisch 1,5 Millionen M. und Kalbfleisch 1–1,2 Millionen M. Der Liter Milch ist auf 300 000 M. gestiegen, das 2½-Pfund-Brot von 600 000 M. auf 550 000 M.

* Dirschau (Tczew), 4. Februar. Durch einen Rohrbruch fielen waren Schaden erlitten hat Apothekenbesitzer Hoosmann hier. Das Wasser drang in die Kellerräume ein, welche es alsbald bis zu einem ½ Meter überschwemmte, wodurch dort viele in der Apotheke gebrauchte Stoffe, die dort gelagerten, unter Wasser gesetzt und so z. T. unbrauchbar gemacht wurden. — Einen recht einträchtigen Schmugel mit Monopolartikeln wie Zigaretten, Rauchtabak, Löffern, Zucker usw. betrieb seit längerer Zeit zwischen Danzig und Dirschau ein noch ziemlich junges Mädchen aus dem Kreis Werentz, die es dadurch schon so weit gebracht haben soll, daß sie in dem genannten Ort ein eigenes Geschäft besitzt. Jetzt ist man aber polizeiteils ihrer "regen" Geschäftsverkehr auf die Spur gekommen und hat ihr Geschäft durch ihre Festnahme vorläufig lahmgelegt.

* Dirschau (Tczew), 5. Februar. Zu der Damerauer Einbruchssache ist noch zu berichten, daß die Verstohlenen wieder in den fast vollständigen Besitz der gestohlenen Wäsche gelangt sind. Gutsbesitzer Schreiber in Damerau bemerkte an seiner Feldscheune, daß dort einige Breiter entfernt waren, und bei näherer Besichtigung in der Scheune fand er dann an verschiedenen Stellen verstekte mehrere der gestohlenen Wannen und andere Gefäße mit der Wäsche gefüllt vor. Die Spitzbuben hatten die Wäsche dorthin getragen, um bei eventuellen Haussuchungen gedeckt zu sein. Bissher hat die hierige Kriminalpolizei drei Verhaftungen vorgenommen, doch will niemand von den dreien den Diebstahl zugeben.

* Puhiz (Tucz), 4. Februar. Schr. großen Sachschaden erlitten die Fischer aus Hela in der Nacht zu Dienstag. Durch plötzlichen Windwechsel wurden die gewaltigen Eismassen wieder in die Danziger Bucht zurückgetrieben, wo tags zuvor fast alle Fischer ihre Netze zum Hering- und Breitlingsfang gestellt hatten. An eine Rettung der Netze und Tiere war nicht zu denken, so daß alles vernichtet wurde. Der frühere Gemeindeschreiber aus Hela, Herr B., schätzt den Schaden auf ca. 3 Milliarden Mark, da ein Netz allein 50 Gulden kostet.

Konkurrenzpolen und Galizien.

* Łódź, 4. Februar. Ein schweres Brandunglüx hat hier großes Aufsehen erregt. In einem Hause war aus unbekannter Ursache ein Feuer entstanden, das bis in das ganze dritte Stockwerk ergriff, so daß die Bewohner des vierten Stockwerkes nicht mehr die Treppe erreichen konnten. Das Rettungswerk gelang, wenn auch zwei Personen durch Brandwunden schwer verletzt wurden. Leider sind zwei Angehörige der Feuerwehr bei dem Rettungswerk tödlich verunglückt.

Graudenz.

Offeriere zu ermäßigten Preisen:

Grasmäher
Getreidemäher
(auch gut erhaltene, gebrauchte)
Breitdrescher
Siftendrescher
Zentrifugen
(auch gute, gebrauchte)
Buttermaschinen
Schrotmühlen
(„Saxonia“, 18 Jtr. Leistung)
usw.

Reparaturen

an Dampf- Dreschapparaten, Mähmaschinen usw. werden auch an Ort und Stelle prompt und sachgemäß zu soliden Preisen ausgeführt. Aufträge frühzeitig erbeten.

L. Heyme, Grudziadz,
Aviatowa (Blumenstr.) 4.

Osram-Glühbirnen

25 u. 32 Kerzen, 60, 75, 150, 200 u. 300 Watt,
gibt billig ab

G. Nieboldt, Grudziadz, Platz 23 Ilichzna 27

Gesd. hochtragende

Ruh

verkauft Gutsverwalt.

Przytul, p. Toruń-Rozgarty, Tel. Toruń 313.

Aus den deutschen Nachgebieten.

* Marienburg, 4. Februar. Hier versuchte Sonnabend nachmittag nach 1 Uhr ein etwa 28 Jahre alter einfacher gekleideter Mann ohne die vorgeschriebene Patkontrolle die Brücke zu passieren. Hierbei wurde er von dem bei der Polizeihörde angestellten Kriminalisten Joshua angehalten und sollte zur Feststellung seiner Personalien in das Polizeihaus kommen, benutzte aber die Gelegenheit, als der Beamte sich umwandte, um Weißkauß zu nehmen, der Beamtete ihn nach. Der Flüchtling wandte sich plötzlich um und stach seinen Verfolger mit einem dolchartigen Messer über dem linken Auge in den Kopf, so daß das Gehirn verletzt wurde und der Beamte sofort bewußtlos umfiel. Er starb zwei Stunden später im Diakonissenhaus. Zwischenzeitlich hatte ein anderer Beamter und auch die Schuttpolizei aus Sandhof die Verfolgung des Mörders aufgenommen und den Verbrecher gefasst. Dieser versuchte nun, durch Revolverschläge die Verfolger von sich abzuwerfen, doch gingen die Schüsse fehl. Jetzt machte die Schuttpolizei von der Waffe Gebrauch, und von einem Lungenschuß getroffen, sank der Verbrecher tot in den Graben. Es soll sich, nach Blättermeldungen, um einen wegen verschlechter Einbruchdiebstähle gesuchten Polen handeln.

Grubenholzerport aus Polen.

Die hohe polnische Ausfuhrabgabe von 4 Schilling per Festmeter ist nach wie vor bestehen geblieben, obwohl der Holzhandel an maßgebender Stelle eindringlich auf die unerträgliche Höhe dieser Abgabe hingewiesen hat. Der bedeutende Rückgang der Holzausfuhr hatte, so wird im "Danziger Holzmarkt" ausgeführt, eine zeitlang selbst die Warschauer Regierung bedenktlos gestillt, und es hatte den Anschein, als wenn eine Ermäßigung angeordnet werden sollte. Die Hoffnung war trügerisch. Wenn man den uns übermittelten Nachrichten trauen darf, so wird die Beibehaltung damit gerechtfertigt, daß nach anfänglichem Studium wieder zahlreiche Ausfuhranträge eingereicht wurden und somit nach Aufsäumung der Regierung die Tragbarkeit der höheren Abgabe bestätigt sei. Man hat sogar eine weitere Ermäßigung vorgenommen. Auf Grund des Koranthy-Abkommen müssen von den Exporteuren 1½ Schweizer Franken per Tonne als Vermögenssteuer bezahlt werden. Derner sieht man den fiktiven Ausfuhrerlös des Grubenholzes auf 10 Schilling per Festmeter fest, so daß 50 Prozent, d. h. 15 Schilling per Festmeter, an Devisen abgeliefert werden müssen. Der hierdurch eingetretene Verlust richtet sich nach der Kursspannung zwischen dem amtlichen und dem tatsächlichen Kurse der polnischen Mark und dürfte mit 10 bis 20 Prozent nicht zu niedrig eingeschätzt sein.

Jedoch Einstütze ist sich darüber klar, daß diese Erschwerungen in Summa einen Ausfuhrverbots, wenigstens für Grubenholz, gleichkommen. Man geht wohl nicht in der Annahme, daß diese Maßnahmen auch als Verbots gedacht sind, mit dem Zweck, der polnischen Sägewirtschaft einen billigeren Bezug ihres Rohstoffes zu überlassen. Richtig ist aber, daß sich das für Grubenholz benötigte Rohholz wegen seiner geringen Stärke für die Sägewirtschaft nicht eignet, sondern mangels einer Verwendung für Grubenholzstempel nur noch für Brennholz in Frage kommen kann. Hinzu kommt, daß die in der Hauptstadt keinwegs ein unbedeutendes Erzeugnis darstellen, sondern durch Entrinden, Beputzen und Einschälen eine Bearbeitung und Verfeinerung erfahren, welche für die polnische Arbeiterschaft manigfache Beschäftigung und Verdienst abwirkt.

Die Ausfuhr von Grubenholz nach Deutschland und über deutsches Gebiet hatte bereits im Herbst vorigen Jahres mit Einführung der Goldmarkfrachten ihr Ende erreicht. Nach Danzig kamen unter dem Einfluß der rapiden Entwicklung der polnischen Waluta noch ähnlich beträchtliche Mengen zum Versand. Die Eisenbahn hatte alle Hände voll zu tun, um im November und Dezember vorigen Jahres der verstärkten Anforderung von Waggon zu genügen. Man darf sich aber keiner Täuschung hinzugeben, daß es sich hierbei um einen leichten Ansturm handelte. Nach Umstellung der polnischen Eisenbahnfrachten auf den Goldfranken ist ein langer Bahnhof verlandet, wenigstens für Grubenholz, ein Ding der Unmöglichkeit. Bei einer mittleren Entfernung von 500 Kilometern beträgt die polnische Fracht bis Dirschau bei einem Multiplikator von 1 900 000 = Pf. 481 000 000 für 15-Tonnen-Wagen. Das sind nahezu Pfund Sterling 11/- oder auf den Festmeter gerechnet 11.— Schilling per Festmeter. Reddet man durch Frachten und Abgaben nahezu der gesamte Exporterlös weg, so daß für das Holz selbst nichts übrig bleibt.

Auch jetzt werden Stimmen laut, die von einer bevorstehenden Ermäßigung der Eisenbahnfrachten wissen wollen. Wir möchten gern an die Wahrheit dieses Gerüsts glauben, fürchten jedoch nach bisherigen Erfahrungen, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Zweifellos hat die bisherige Ausfuhrpolitik Polens eine starke Abwanderung des Exports nach dem weiter östlich gelegenen baltischen Hafen hervorgerufen. Bei der augenblicklichen Lage wird es im kommenden Frühjahr dem russischen Export ein Leichtes sein, das von ihm erstrebte Monopol der Holzausfuhr an sich zu rücken. Die polnische Regierung lädt gut daran, dieser Frage ihre ernste Aufmerksamkeit zu widmen.

Thorn.

In der Deutschen Rundschau

finden alle

Thorner Inserate

wirkungsvolle Verbreitung.

Anzeigen-Annahme, fachmännische

Beratung, Kostenanschläge in der

Hauptvertriebsstelle:

Justus Wallis, Thorn.

Lehrling

mit guter Schulbildung, aus guter Familie,

stellt sofort ein

Ruh

verkauft

J. Giech, Niesawka,

b. Podgorz, v. Toruń.

Deutsche Bühne

in Toruń T. z.

Sonntag, 10. Februar,

pünktl. 3½ Uhr nachm.

Sondervorstellung für die Landbevölkerung.

Zum letzten Male:

Börsensieber

Schwartz in 3 Alten.

Vorverkauf Buchdrg.

Steinert Nachf.

Brosta 2 (Gerechte.)

Mitglieder gegen Vor-

zeigung der letzten

Beitragszahlung 20%.

Ermäßigung, Telefon.

Vorbestellungen nur v.

unseren Mitgliedern abgeholt werden. Kinder

ist die Teilnahme am Fest nicht gestattet.

Ausspannung vorbe!

Die Forderung nach einem russisch-polnischen Handelsvertrag.

Im "Kurier Godzienno" lesen wir:

Vom Augenblick der Übernahme der englischen Regierung durch Ramsay MacDonald wurde die Frage der Anerkennung Russlands viel mehr aktuell und näherte sich der Verwirklichung. Der sozialistische Premier berief O'Grade, ein Mitglied der Labour Party und Freund Russlands und Deutschlands, zum englischen Botschafter in Moskau. Aber hierbei spielen nicht soviel politische wie wirtschaftliche Gründe eine Rolle. Die Großmächte wollen wieder wirtschaftliche Vorteile aus Russland ziehen. Deutschland begann als erster die Jagd auf die Konzessionen. Schon vor zwei Wochen brachten englische Blätter eine Erklärung Witwinows:

Bei den Konzessionen findet sich auf alle Fälle an erster Stelle Deutschland. Innerhalb der letzten 18 Monate akzeptierte die Sowjetregierung 800 Offerten von Seiten der deutschen Großindustriellen. Große Bedeutung besitzen die Holz- und Eisenbahnmitsionen, die ein Terrain von Millionen Hektaren umfassen. Krupp besitzt eine Konzession, die auf ein Terrain von 25 000 Hektaren lautet.

An zweiter Stelle nach Deutschland steht England. Witwinow erwähnt, daß die Sowjetregierung beschlossen habe, den englischen Kapitalisten eine ganze Reihe neuer Konzessionen zu erteilen, darunter für eine Gesellschaft mit einem Kapital von 50 Millionen Pfund Sterling. Diese Gesellschaft wird in Russland große Petroleumwerke eröffnen und Russland einen Kredit von 40 Millionen Pfund Sterling erteilen. Die Anfrage nach

Konzessionen ist so groß, daß Russland mit Rücksicht auf diejenigen Offerten ausreichen kann, die ihm am besten konvenerieren.

Wie man sieht, drängen sich England und Deutschland nach Russland. Auch Frankreich versucht es, richtet aber nicht viel aus, da seine Beziehungen zu Russland nicht die besten sind.

Nur Polen, der unmittelbare Nachbar Russlands, versteht es nicht, die nötigen Schritte einzuleiten. Unsere Handels- und Industriebeziehungen mit Russland bedeuten heute gar nichts. Wie der russische Handelsvertreter in Polen K. P. Masslow erklärt, wurden im Jahre 1923 von Russland nach Polen oder durch Polen 1700 Waggons Ware geschickt, während der Import aus Polen nach Russland 1200 Waggons betrug. — Das sind direkt lächerlich kleine Ziffern.

Der Sowjetagent erklärte fernerhin, daß in den Industriezonen Russlands ein großer Konzern der Sowjetregierung die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland herrscht. Es bildet sich ein großer Konzern, der in Russland auf eine große Zukunft rechnen kann.

Es ist klar, daß Polen die russischen Märkte benötigt. Unsere Industrie kann vor allem auf den Export nach Russland zählen. Wir dürfen uns nicht von den deutschen und englischen Konkurrenten besiegen lassen, wir dürfen uns nicht aus einem Staate drängen lassen, den wir besser kennen, wie alle anderen. Damit sich aber die Handelsbeziehungen günstig abwickeln können, müssen sie sich auf einen Handelsvertrag stützen.

Die Schließung eines Handelsvertrages zwischen Polen und Russland ist die brennendste Notwendigkeit, deute wo sich England, Deutschland und Italien um Konzessionen bemühen und in Russland ein Feld ihrer Tätigkeit suchen.

Die erste deutsche Konzessionskündigung.

Der Otto Wolff-Konzern hat seinen im Jahre 1922 abgeschlossenen Konzessionsvertrag, wonach der Konzern gemeinsam mit der Sowjetregierung die Deutsch-Russische Handels-A.-G. ("Rusgertorg") gründete, mit der vertraglich vorgesehenen zwölfmonatigen Frist gekündigt. Der Grund der Kündigung besteht in geschäftlichen Differenzen. Diese Differenzen beziehen sich auf die Erneuerung der vom Otto Wolff-Konzern der Sowjetregierung zu gewährnden, mit einem Jahr befristeten Kredite, des Staatskredits von 500 000 Pfund und des laufenden Warenkredits von 750 000 Pfund. Die Erneuerung dieser Kredite, die von der Sowjetregierung nicht voll ausgenutzt worden sind, sollte nur unter gewissen Bedingungen erfolgen, welche dem Konzern die weitere reibungslose Erteilung der Einfuhrkonzessionen gewährleisten sollten. Der Konzern erhebt gegen die Sowjetregierung den Vorwurf vertragswidriger Verhaltens. Die russische Handelsvertretung in Berlin hat ihrerseits Auftrag erhalten, falls der Konzern zustimmt, den Vertrag ohne Einhaltung der Kündigungsfrist mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,

im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

1142

Kaufan jeden Posten
Wild
und Geflügel.
„Die Feine Küche“
Rozynski & Hartmann,
Danzig, Altstädtischer Graben 4.
Telephon 8140.

1456

Wir kaufen in Edelmetallen:
Kartoffeln
Kartoffelflocken — Kartoffelmehl
zur sofortigen und laufenden Lieferung.
Unsere ausgedehnten Beziehungen zu den ersten Häusern des Europäischen Auslandes ermöglichen es uns, speziell in den oben genannten Kartoffeln, schon jetzt größere Lieferungsverträge abzuschließen und unseren gleich Lieferanten, Großherstellern, Genossenschaften u. leistungsfähigen Handelsfirmen besonders günstige Konditionen einzutragen. Nach wie vor haben wir stets Interesse an allen übrigen Arten:
Getreide, Saaten, Hülsenfrüchte, Brei-Stroh.
Regelmäßige Offerten, möglichst bemüht, höchst erbettet. 1455
Bigalle & Gerth, G. m. b. H., Danzig
Langfuhr, Hauptstraße 130.
Telefon 6726. Teleg. Adr.: Biggerland-Danziglangfuhr.

RUDOLF HALLMICH
Kostüm-Maß-Geschäft

Bydgoszcz, Gdańsk 154 1299 Tel. 1385

Größte Auswahl in neuesten
Modellen, Stoffen u. Seiden.

Luxusfuhrwerke auf Gummi
für Hochzeiten, Taufen und Visiten. 1303

Speditionsgeschäft HERM. VOIGT Nast
Telefon 150. Bydgoszcz, Bernardyńska 5.

Formulare zur Vermögens-
und anderen Steuern
werden ausgefüllt durch
Büro WAP, ul. Gdańsk 162, II. Etg.

Spedycja Bydgoska
Tel. 1787 ul. Warszawska 17 Tel. 1787
stellt Gespanne
zu jeder Tageszeit
zu konkurrenzlosen Preisen.

Streut den
Vögeln Futter!

Paul Bowski

Dentist

Mostowa (Brückenstr.) 10, I.

Sprechstunden:

von 9 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr.

Künstl. Zähne, Kronen, Brücken
in erstklassiger Ausführung. 130

J. u. P. Czarnecki

Dentisten.

Zähne — Plomben — Kronen

Goldbrücken und Goldersatz

Tagiellońska (Wilhelmstr.) 9

gegenüber der Hauptwache.

Sprechstunden durchgeh. von 9—5 Uhr.

Roggen- und Haferstroh und Heu

kaufen jeden Posten.
Angebote frachtfrei Dirschau ob. ad Station
unter Preisangabe erbitben 1300

Häuselwerk Oliva-Straußmühle,
Inh.: Gebr. Boegel.

Telefon 139.

500 Stück
weltberühmte
**Getreide- u.
Grasmäher**

Orig. Eckert

sofort abzugeben.

Generalvertreter für Polen
und Freistaat Danzig

Nitschelska, Maschinen-
Fabrik, Poznań. 1202

Landwirtschaftliche Maschinen

Erkateile usw. zum Vertrieb auf Lager. Al.
Reparaturen können ausgeführt werden.

Anschr. unt. B. 1388 an die Gst. dieser Ztg.

Zucker

Gem. u. Würfel

in jeder Menge
offert

Polux.

Leerproduktengroßhandlung

des rhein.-westl. Industriebezirks wünscht zur
Ausfuhr von Leerrohrgütern nach Polen und
seinen Nachbarländern mit Großabnehmern

in Verbindung zu treten. 1309

Eugen Knupe, G. m. b. H.

Bochum, Hattingerstr. 14.

Ilse

Salon-Bretts

eingetroffen

u. offeriere dieselben

zu bill. Tagespreisen

August Appelt,

Brenn- und

Baumaterialien,

Naruszewicza 5.

Telef. Nr. 109

Aufzeichnungen

für Süderseiten

auf Stoffe all. Art 1300

Barminskiego 2, II.

1300

Wohnungen

Eine 6-3-Wohna.

Danzigerstr. geleg., um-

zutauschen gegen eine

5-3-Wohn. od. gr. 5-

Danziger-od. Bahnhofstr.

3. erfr. i. d. Gt. d. 1300

Bon sofort

2-5-Zim. - Wohng.

ohne Möbel ges. Ver-

mittlung erb. Off. u.

1. 4897 a. d. Gt. d. 1300

1-2-Zimmer-

Wohnung

mit Küche zu mieten
gesucht. Off. u. M. 4773 a.

an die Gt. d. 1300

Möbl. Zimmer zu
verm. u. 1 Territorier
zu verkauf. C. Grob.

Garbars 10, II Tr., 1. 1300

Möbl. Zimmer

in besserem Hause von

2 selbst. Kauf. iof. gei.

Offerter unter L. 4907

a. d. Geschäftst. d. 1300

Verkaufsdame sucht v.

1. Wohn- u. Schlaf.

evtl. auch leere Zim.

im Zentrum d. Stadt.

Off. unter B. 4915

a. d. Geschäftst. d. 1300

Möbl. Zimmer zu
verm. u. 1 Territorier
zu verkauf. C. Grob.

Garbars 10, II Tr., 1. 1300

Geldmarkt

18-25 000 Złoty

zur 1. Stelle auf Fabrik-
u. Wohngrundst. direkt

von Rävalistinnen oder

durch reell. Vermittler

gesucht. Angebote unt.

B. 1227 a. d. Gt. d. 1300

10 — 15 000

Goldfranken

in polnischer Mark als

wertbeständ. Hypothek

mindestens 1. 1000

Wiss. Herrenbel. zw.

baldiger Heirat.

Offert. unter L. 4919

a. d. Geschäftst. d. 1300

Heirat

Witwe, 35 Jahre alt,

m. Grd. u. 1 Kind,

wünscht Herrenbel. zw.

baldiger Heirat.

Offert. unter L. 4919

a. d. Geschäftst. d. 1300

Bon meiner Ziegelei

Latkowo, bei

Inowrocław, gebe fortlauf

Aus anderen Ländern.

Wer ist ein Deutscher?

Von allgemeinem Interesse ist eine Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichts in der Tschechoslowakei über die Frage der Volkszugehörigkeit. Eine Reihe Deutscher, die sich bei der Volkszählung als Deutsche bezeichneten, wurden von den politischen Bezirksverwaltungskommissionen wegen wissentlicher Verleugnung der Richtigkeit der Volkszählung bestraft. Der oberste Verwaltungsgerichtshof hat alle diese Bestrafungen als gesetzwidrig aufgehoben mit der Begründung, daß für die Volkszugehörigkeit nicht nur die Geburt, sondern auch andere Umstände, wie Heirat, Umgebung, Kinder, politische Überzeugung usw. maßgebend seien, hauptsächlich das eigene Beleben und Kenntnis. Die Entscheidung sagt sogar, daß selbst wenn jemand die deutsche Sprache nicht vollkommen beherrsche, daraus noch nicht ohne weiteres die Tolerierung gezogen werden könne, daß er nicht zum deutschen Volke gehören.

Der Kampf um den Nordpol.

Wie aus Montreal gemeldet wird, rüstet die kanadische Regierung unter dem Kommando des Kapitäns Vermier eine Expedition aus, um die Gebiete am Nordpol zu besetzen, bevor die amerikanische Expedition mit dem Luftschiff "Schenandoa" beginnt. Für die Expedition wird ein besonderes Schiff in England gebaut. Die Besetzung des Gebietes soll in der Weise erfolgen, daß eine Reihe von Posten aufgestellt wird, die dann von dem Vertreter der kanadischen Regierung offiziell in Besitz genommen werden.

Die Pläne des Großfürsten Kyrill.

Großfürst Kyrill von Russland, der in Nizza einen großen "Hofstaat" unterhält, erklärte einem Vertreter des "Daily Express", daß er binnen einem Jahr den Versuch machen werde, nach Russland zurückzukehren, um es von den Kommunisten zu befreien. "Russland", sagte er, "verlangt nach einem Zaren und einer repräsentativen Regierung und nicht nach einer Autokratie des Terrors, die von den Schufsten ausgeübt wird, die Russlands Geschichte leiten. Russische Bauern und Arbeiter haben jedes Vertrauen zu den Bolschewisten verloren, die sie heute mit dem Tode bedrohen und morgen mit Versprechungen bestechen. Russland hat immer einen Zaren gehabt, und dieser Zar ist stets der geistliche Vater des Volkes gewesen. Wenn dieser Vater auch nicht immer musterhaftig war, so hat doch stets der Zar die Interessen des Landes gewahrt. Das Zarentum übt einen starken Einfluss auf die russische Phantasie aus und die Phantasie spielt bei den Russen eine große Rolle; das muß berücksichtigt werden, um sie auf den richtigen Weg zu bringen."

Ein Aufstand in Tibet.

Der Londoner "Daily Telegraph" meldet aus Kalutta, daß in Tibet ein Aufstand der privilgierten Kasten gegen den Dalai Lama, das politische und geistliche Oberhaupt der Tibetaner, ausgebrochen ist. Nach Informationen dieses Blattes ist der Dalai Lama geflüchtet.

Die Unterzeichnung des italienisch-russischen Handelsvertrages wurde in letzter Stunde vertagt, da noch einzelne Details Fragen technischer Natur gelöst werden müssen, die aber das im Prinzip erwähnte Vereinommen nicht antasten.

Venezuela ist einer Athener Meldung zufolge, endgültig vom Amt des Ministerpräsidenten zur Rücktrittstretten. Der bisherige Justizminister Cafadars ist mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 6. Februar.

Die Musterung des Jahrganges 1903. Wie der "Kurier Poznański" erfährt, werden im Mai und Juni die Militärdienstpflichtigen des Jahrganges 1903 Aufforderungen zur Musterung erhalten und im Oktober d. J. eingezogen werden. Gemustert werden gleichzeitig die Freiwilligen der Jahrgänge 1904, 1905 und 1906, die zwei Monate vorher entsprechende Anträge bei den Bezirkskommandos machen müssen.

Die Deutsche Polizei hat ihre Bureauräume nach dem Hause Posener Straße (Poznańska) 2 verlegt.

Das Jagdscheinbüro. Seit dem 30. v. M. hat die Taxe für die Jagderlaubnis eine Erhöhung erfahren. Sie beträgt jetzt 600 000 Mark. Gleichzeitig ist die Gebühr für die Genehmigung zum Waffenbesitz und Waffenträger erhöht worden.

Das dritte Zusammensetzen der Ortsgruppe Bromberg im Verbande deutscher Handwerker vereinigte am Montag im Paderischen Etablissement ein eigenartig böschen. Der Saal und die Nebenräume waren durch kunstliche und künstlerische Handwerkshände dekorativ dem Charakter des Festes entsprechend hergerichtet worden, und namentlich bot der Vogelhain, in dem ein Picknick der zünftigen Stände stattfand, ein originelles Bild. Wurstel- und Kuchenbude, eine Waldschänke und eine "Herberge" luden zum Verbleiben ein, und dem Spritzenhaus und Standesamt fehlte es auch nicht an Insassen. Und wer kennt die Böller, nennt die Namen, die gastlich hier zusammen kamen: der Naselbinder, Toxstrider, Schornsteinfeger, Kuchenbäcker, Würstelmacher, Grobschmied, Wagenbauer und viele viele andere, sie alle drehten sich mit der Weiber, der Haussdame, der Gouvernante, dem Haussädchen, ja sogar dem Kindermädchen mit dem Kinderwagen im Kreise, sonst Tanz genannt. Sorgten doch zwei Musikkapellen für unangefochtene Tanzweisen. Langatmige Reden wurden nicht gehalten. Einer kurzen aber schneidigen Begrüßung folgte die Bekanntgabe der amtlichen Verordnungen, das dritte Zusammensetzen betreffend und die Überreichung eines schmucken Vogels an den Ehren- und Gunstobermeister K. K. Um 12 Uhr war großer Fettumzug und Abbrüten der Kunstgeräte nach der Herberge. Ein Verbleiben dort war jedoch nicht gestaltet, und so pilgerten früh zur festgefeierten Schlusssonne die Scharen der Bünftler und Bünftlerinnen ihrer eigenen Herberge wieder zu, befreit über das schöne Fest. Der erste Obmann, Odeneschmeister Tschörner, mit seinem zünftigen Gehilfen Schneidermeister Rabuschka hatten sich samt weiteren Mitarbeitern um das gute Gelingen besonders verdient gemacht.

Der heutige Wochenmarkt war recht gut besucht, namentlich mit Butter, Eiern und Geflügel, zeigte aber in den frühen Vormittagsstunden nur mäßigen Verkehr. Die verlangten Durchschnittspreise waren folgende: Butter 2,8 bis 2,4 Mill., Eier 4 Mill., Bratgänse Pfund 1,2, Fettgänse Pfund 1,6 Mill., Butter Pfund 2 Mill., Enten Stück 6 Mill., Hühner 4—5 Mill. M. Die Gemüsepreise waren im ganzen unverändert: Mohrrüben 400 000, Rottkohl 300 000, Weißkohl und Rote Rüben 250 000, Brüden 100 000. Käse (nur kleine vorhanden) 300 000, Käsebrot 500 000, Weißkäse 5—600 000, Käsefutter 1,5—1,6 Mill. Mark.

Eine Winterlandschaft — vorläufig noch schneeweiss — ist über Nacht entstanden. Wie lange aber wird das winterliche Bild vorhalten? Die Temperatur steht dicht am Nullpunkt, und der sehr tiefe Barometertand von 780 mm läßt weitere Schneefälle möglich erscheinen, hoffentlich aber keine „vermehrte Auslage“ der großen Schneeverwehungen um die Jahreswende herum.

Wie die Filiale eines Fahrradgeschäfts nimmt sich zurzeit ein lang geitredetes Zimmer im Gebäude der Kettimann in Alropolis aus. Auf einem Tische, der fast die ganze Länge des Zimmers einnimmt, lagert eine Unzahl von Maschinenteilen usw. aller Art, die zu Fahrrädern gehören, ferner Schlosser- und Installationswerkzeuge, Teile elektrischer Anlagen usw. Der größte Teil der Sachen ist der Firma Alsons Morawski entwendet worden, aber auch andere Fahrradgeschäfte sind geschädigt, von denen eines bereits Gegenstände im Wert von einer halben Milliarde zurückgehalten hat. Als kleines Kuriosum sei erwähnt, daß außer den vielfachen metallenen Sachen auch eine Diessebeute ganz anderer Art auf dem langen Tische zu erblicken ist: ein halbes Dutzend großer und dicker — Lebewölker!

Die Diebstähle. Aus dem Vorstrevier El. Bartelsee wurde Gold im Wert von 400 Millionen gestohlen. Der Verdacht ist aber bereits ermittelt worden. — Aus einem Geschäft in der Brückenhoftstraße wurde — Christbaum schmückend — im Wert von 200 Millionen entwendet.

Bestohlene wurden gestern vier Personen wegen Diebstahls, zwei Stettindrinnen und ein Betrunkenen.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Dötscher Frauenverein. Seite im Kivikino und bei Pater Unterhaltungsabend, Bülk, Tanz, Verlosung. Reinertrag für wohltätige Zwecke. Eintritt 1,5 Mill. (1469) Stadtheater. Am heutigen Mittwoch, den 6. Februar, findet im Stadtheater ein einmaliges Operngottespiel eröffnender Kräfte der Danziger Großen Oper statt. Zur Aufführung gelangt Rugiero Leoncavallos zweitaktige Oper mit Prolog "Der Bajazzo" in prachtvollen Kostümen, Dekorationen und Orchesterbesetzung. Die Partie des Canio findet der berühmte Heldentenor Stanislaus Gruszczynski. Eintrittsarten an der Kasse des Stadtheaters von 10—1 und 5—8. Telefon 1198. Da die Nachfrage nach Karten sehr groß ist, ist es zu empfehlen, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen. (4876) Kasino-Gesellschaft Erholung. Sonnabend, 9. Februar, 7½ Uhr: Herrenabend (Eisbeineien).

* Lohens (Lobzenica), 4. Februar. Um 2. d. M. um 3 Uhr nachm. fand hier im Hotel Wieczorek eine Wählerversammlung für die polnischen Wähler deutscher Nationalität statt, die durch den Abgeordneten unseres Wahlkreises, Oberstleutnant a. D. Dr. Gräbe, einberufen war. Trotz des schlechten Wetters war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Abg. Gräbe gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der deutschen Sejm- und Senatsfraktion, dem alle Anwesenden mit äußerster Spannung folgten. Von besonderem Interesse waren seine Ausführungen über die augenblickliche Lage und die außenpolitischen Verhältnisse, die nach seiner Ansicht eine Änderung der gesamten außenpolitischen Einstellung zur zwingenden Notwendigkeit machen, um endlich freundlichbarliche Beziehungen mit den angrenzenden Staaten und einen allgemeinen inneren Frieden innerhalb des Landes herbeizuführen. Ein gleiches Interesse riefen auch seine Ausführungen über die Tätigkeit des Völkerbundes und die von diesem getroffenen Entscheidungen hervor. Er wies hierbei nach, daß die von der polnischen Presse wiederholt erhobenen Vorwürfe, daß es eine Isolierung der deutschen Minderheit wäre, sich in den Minderheitsfragen an den Völkerbund zu wenden, ungerechtfertigt seien, da von dieser Minderheit und vor allen Dingen von ihren Führern alles geschehen wäre, um eine Verständigung und eine beide Teile befriedigende Lösung innerhalb des Landes zu erreichen. Erst dadurch, daß in dieser Hinsicht auf der Gegenseite es absolut an dem guten Willen gefehlt habe, und auch alle Versuche, die Regierung auf verfaßungsmäßigem Wege zu einem Einlenken zu veranlassen, fehlgeschlagen wären, sei es schließlich für die deutsche Minderheit eine zwingende Notwendigkeit geworden, sich an die interkulturellen Instanzen zu wenden, um nicht ihre Existenz und damit auch ihre Heimat völlig zu verlieren. Es sei aber zu hoffen, daß nunmehr der Völkerbund sich zugunsten der deutschen Minderheit und ihrer berechtigten Ansprüche entschieden habe, daß die demnächst in Genf bzw. in Warschau oder Berlin stattfindenden Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland endlich zu einem Ziel führen würden, das es ermögliche, mehr als bisher die wirtschaftlichen Interessen in der ganzen Politik voranzustellen und so eine Befriedigung der gesamten Lage des Staates herbeizuführen. — Der reiche Beifall zeigte unserer Abgeordneten, der infolge seiner arbeitsreichen Tätigkeit zum ersten Male in unserer Stadt aufgetreten ist, in welchem großen Umfang er und die gesamte deutsche Fraktion das Vertrauen nicht nur seiner Wähler, sondern auch weiterer Kreise genießen. Der Wunsch, bald einmal wieder einen Abgeordneten unserer Fraktion hier begrüßen zu können, wurde allgemein zum Ausdruck gebracht.

* Posen (Poznań), 4. Februar. Der Verband Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Großpolen (Offenbacher) und der deutschen Genossenschaften in Polen (Stauffenbach), die bekanntlich seit längerer Zeit eine Verbindung zu einem einheitlichen Verbande anstreben, hielten eine gemeinsame Beiratssitzung der Genossenschaften aus den Kreisen Posen-Ost und Posen-West sowie Samter bzw. einen Unterverbandstag in Posen ab. Die Verammlung beschäftigte sich u. a. mit der vomstellvertretenden Direktor Dr. Swart erörterten Frage über verbindliche Konten, wie sie von den Genossenschaftsbanken durch die Einführung von Goldwerteinlagen und Goldwertkrediten mit gutem Erfolge bei rund 60 Genossenschaften ins Leben gerufen sind. Direktor Hallstein von der Provinzialgenossenschaftskasse erörterte kurz die Binnopolitik, wie sie den Genossenschaften durch die Einführung eines täglichen Prozentsatzes von $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Prozent für die Einsagen in Papiermark und von 8 Prozent täglich für gewährte Kredite zu empfehlen ist.

Alleine Rundschau.

* Ein aus Geiz verhungerter Millionär. Vor einigen Monaten starb ein armer Bettler im Bellevuehospital in New York. Sein Körper war eingehüllt in Lumpen, welche außer einer Nadelstichenuhr und einem Geldbetrag von 12,10 Dollar nichts bargen. Nach seinem Tod entdeckte man, daß er aber auch noch Besitzer einer schmutzigen Handtasche war, die fünf Scheinkoffer und Banknoten enthielt. Neben verschiedenen hohen Wertpapieren im Gesamtbetrag von zwei Millionen Dollar. Des Getreihalmillionärs nächste Anverwandten, Bruder und Schwester, wohnen in Greenock-Schottland und haben mit Freuden als Alleinerben die Hinterlassenschaft des aus Geiz verhungerten Bettlers angetreten.

Handels-Rundschau.

Polnisches Ausfuhrverbot für Brennholz. Die Industries und Handelskommission des Sejm hat einen Gesetzentwurf betr. das Ausfuhrverbot von Brennholz über die Sollgrenzen des polnischen Staates hinaus angenommen.

Geldmarkt.

Amtlicher Valorisationswert des Goldfrankfurts für den 7. Februar: 1.800 000 M.

Die polnische Mark am 5. Februar. Danzig 0,698—0,702, Auszahlung Warschau 0,661—0,664; Wien 71—81; Prag 8,40—4,20, Auszahlung Warschau 3,60—4,40; London, Auszahlung Warschau 41 750 000; New York 0,000027.

Warschauer Börse vom 5. Februar. Schieds und Umsätze: Belgien 975 000—370 000, Holland 3 440 000—3 280 000, London 2 900—40 940 000, New York 9 025 000—9 100 000, Paris 420 000 bis 416 000, Schweiz 1 595 000—1 575 000, Prag 261 000—256 750, Wien 128,75—127,00, Italien 400 000—390 800, Goldfrankf 1 800 000. — Devisen (Auszahlung und Umtausche): Dollar der Vereinigten Staaten 9 000 000—9 100 000, französische Franken 414 000—410 000; Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 5. Februar. Die Danziger Gulden wurden notiert für: Verkehrsreiter Schied: Warschau (1000 000) 0,651 Geld, 0,654 Brief, Bananoten: 100 Rentenmark 138,154 Geld, 188,848 Brief, 1 000 000 polnische Mark 0,698 Geld, 0,702 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,8290 Geld, 5,8571 Brief, Telegraf. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 186,657 Geld, 137,848 Brief, New York 1 Dollar 5,7920 Geld, 5,8220 Brief, Holland 100 Gulden 217,07 Geld, 218,18 Brief, Zürich 100 Franken 101,00 Geld, 101,50 Brief, Paris 100 Franken 26,88 Geld, 27,02 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für deutsches Ausland	In Millionen Geld	5. Februar Brief	In Millionen	
			Geld	Brief
Holland 1 Gld.	1578045	1585955	1571063	1578937
Deutsch.-Amer. 1 Gld.	1376550	1383450	1376550	1383450
Belgien 1 Gres.	173565	174435	173565	174435
Norwegen Kr.	570570	570422	555583	558414
Dänemark Kr.	685283	688717	687275	681725
Schweden Kr.	1103235	1108765	1101240	1106760
Nürnberg 1 M.	104737	105263	105735	106265
Italien 1 Lira	184737	185688	185535	186465
England Pf. St.	18064750	18145250	18354000	18445000
Frankreich Fr.	196508	197492	198802	198193
Schweiz 1 Fr.	734160	737840	733632	737038
Spanien 1 Pes.	537453	540147	530670	533330
Itali. 1 Lira	1855375	1864625	1865325	1874675
Rio de Jan.	488775	491225	458850	461150
U.S.S.R. 1 Rubel	60,049	60,351	60,149	60,451
Prag 1 Krone	122193	122807	123091	123708
Budapest 1 Kr.	148,625	149375	144,388	145,112

* In tausend Reichsmark.

Bücherl Börse vom 5. Februar. (Amtlich) Warschau 0,0060, New York 5,74%, London 24,52%, Paris 26,80, Wien 0,0081, Prag 16,66%, Italien 25,12, Belgien 28,70, Holland 215%, Berlin 1,85. Die Bandesbarleinssklasse zahlte heute für Gold 2 182 000, Silber 850 000, 1 Dollar, große Scheine 8 000 000, kleine 8 910 000, Sterling 28 775 000, franz. Franken 415 000, Schweizer Franken 1 565 000, Zloty, Serie 2 1 450 000.

Mittienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 5. Februar. (Notierungen in 1000 Prozent.) Wertpapiere und Obligationen: 4proz. Präm.-Staatsanleihe (Milionówka) 60. — Banknoten: Bank Przemysłowo-1

Günther
Die glückliche Geburt eines
Stammhalters
zeigen hoherfreut an
Erich Mahrenholz
u. Frau Frieda geb. Bentendorf.
Budgoszcz, den 5. Februar 1924.

Die glückliche Geburt eines
Stammhalters
zeigen hoherfreut an

Berl. ert. ig. Kaufm. 2-3 mal wöchentl. in den Abendstunden Unterricht in poln. Grammatik, Buchf. Handelsörrep. ic. ? Offert. unter R. 4916 a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gold. Herrenuhr gestern abend auf dem Wege der Fischerstraße verloren. Der ehr. Kinder erh. hohes Belohnung. Kwiatowa 7a, 1 Treppe, rechts. 1928

Einbruchssichere Schlosser verschiedener Systeme
Schloßsicherungen :: Schloßsperrer

Teerfreie Dachbedeckung
Lohsol — Ruberoid
Wächter-Kontrolluhren

M. Rautenberg & Ska
Bydgoszcz,
Jagiellońska 11. Telefon 1430.

Analysen-Wagen, Medizinal-Gewichte
Explosionssichere Gefäße
Original Sa'kotten. 1301

Transportable Kachel- und Zirkulations-Ofen
Irische Ofen :: Quint-Ofen

Sparkocher für Herd und Gas
Bau- und Möbelbeschläge
Raubtierfallen

Die Ueberführung unseres teuren Entschlafenen, des

Kaufmanns

Brund Reimann

findet am Freitag, den 8. Februar, vom Trauerhause, Wettmann Rynel 14, aus statt.

Einsäherung mit anschließender Trauerfeier im Krematorium zu Danzig Montag, den 11. Februar, 2.30 Uhr mittags.

Schneidergeselle v. jof. gesl. Königsstr. 41. 4918

Dom. Hansfeld Dom. Melno 1372 sucht z. 1. 4. taufungs-fähigen

Unternehmer mit 25 Leuten, ferner verheirateten

Gärtner mit guten Zeugnissen.

Berl. Schmied

der mit sämtlichen Reparaturen an Märschen vertraut ist und Eisenherstellung versteht, wird von sofort oder später für dauernde Stellung gesucht. Vollständiges Handwerkzeug und elektr. Licht vorhanden.

Wirtschaftsfraulein

zu Stütze d. Haushfrau.

Eholt. Nebeneinkunfts

evtl. Familienschluss.

Frau Ulrich.

Atta. Ciechowic.

Polt Konarzyn,

At. Chojnice.

Suche von jof. tüch-

tales evangl. 1462

Hausmädchen

von außerhalb, das

sich in besseren Häu-

sern nötigt hat.

Frau Anna Albrecht.

ul. Dr. E. Warmiński. 10.

Wirtschaftsfraulein

zu Stütze d. Haushfrau.

Eholt. Nebeneinkunfts

evtl. Familienschluss.

Frau Ulrich.

Atta. Ciechowic.

Polt Konarzyn,

At. Chojnice.

Suche von jof. tüch-

tales evangl. 1462

Hausmädchen

von außerhalb, das

sich in besseren Häu-

sern nötigt hat.

Frau Anna Albrecht.

ul. Dr. E. Warmiński. 10.

Wirtschaftsfraulein

zu Stütze d. Haushfrau.

Eholt. Nebeneinkunfts

evtl. Familienschluss.

Frau Ulrich.

Atta. Ciechowic.

Polt Konarzyn,

At. Chojnice.

Suche von jof. tüch-

tales evangl. 1462

Hausmädchen

von außerhalb, das

sich in besseren Häu-

sern nötigt hat.

Frau Anna Albrecht.

ul. Dr. E. Warmiński. 10.

Wirtschaftsfraulein

zu Stütze d. Haushfrau.

Eholt. Nebeneinkunfts

evtl. Familienschluss.

Frau Ulrich.

Atta. Ciechowic.

Polt Konarzyn,

At. Chojnice.

Suche von jof. tüch-

tales evangl. 1462

Hausmädchen

von außerhalb, das

sich in besseren Häu-

sern nötigt hat.

Frau Anna Albrecht.

ul. Dr. E. Warmiński. 10.

Wirtschaftsfraulein

zu Stütze d. Haushfrau.

Eholt. Nebeneinkunfts

evtl. Familienschluss.

Frau Ulrich.

Atta. Ciechowic.

Polt Konarzyn,

At. Chojnice.

Suche von jof. tüch-

tales evangl. 1462

Hausmädchen

von außerhalb, das

sich in besseren Häu-

sern nötigt hat.

Frau Anna Albrecht.

ul. Dr. E. Warmiński. 10.

Wirtschaftsfraulein

zu Stütze d. Haushfrau.

Eholt. Nebeneinkunfts

evtl. Familienschluss.

Frau Ulrich.

Atta. Ciechowic.

Polt Konarzyn,

At. Chojnice.

Suche von jof. tüch-

tales evangl. 1462

Hausmädchen

von außerhalb, das

sich in besseren Häu-

sern nötigt hat.

Frau Anna Albrecht.

ul. Dr. E. Warmiński. 10.

Wirtschaftsfraulein

zu Stütze d. Haushfrau.

Eholt. Nebeneinkunfts

evtl. Familienschluss.

Frau Ulrich.

Atta. Ciechowic.

Polt Konarzyn,

At. Chojnice.

Suche von jof. tüch-

tales evangl. 1462

Hausmädchen

von außerhalb, das

sich in besseren Häu-

sern nötigt hat.

Frau Anna Albrecht.

ul. Dr. E. Warmiński. 10.

Wirtschaftsfraulein

zu Stütze d. Haushfrau.

Eholt. Nebeneinkunfts

evtl. Familienschluss.

Frau Ulrich.

Atta. Ciechowic.

Polt Konarzyn,

At. Chojnice.

Suche von jof. tüch-

tales evangl. 1462

Hausmädchen

von außerhalb, das

sich in besseren Häu-

sern nötigt hat.

Frau Anna Albrecht.

ul. Dr. E. Warmiński. 10.

Wirtschaftsfraulein

zu Stütze d. Haushfrau.

Eholt. Nebeneinkunfts

evtl. Familienschluss.

Frau Ulrich.

Atta. Ciechowic.

Polt Konarzyn,

At. Chojnice.

Suche von jof. tüch-

tales evangl. 1462

Hausmädchen

von außerhalb, das

sich in besseren Häu-

sern nötigt hat.

Frau Anna Albrecht.

ul. Dr. E. Warmiński. 10.

Wirtschaftsfraulein

zu Stütze d. Haushfrau.

Eholt. Nebeneinkunfts

evtl. Familienschluss.

Frau Ulrich.

Atta. Ciechowic.

Polt Konarzyn,

At. Chojnice.

Suche von jof